

Der Mittelstand in Deutschland ist in großen Teilen über Personengesellschaften organisiert (Mitunternehmerschaften). Die Besteuerung folgt dabei dem sog. Transparenzprinzip, das sich durch eine hohe Komplexität (gerade im internationalen Kontext) auszeichnet. Hinzu kommt ein latenter Belastungsnachteil im Hinblick auf die progressiv ausgestaltete Einkommensteuer im Vergleich zur „Flatrate“ von 15 % Körperschaftsteuerbelastung (zzgl. SolZ).

In den letzten Jahren ist nun unter zwei Aspekten Bewegung in die traditionelle Mitunternehmerbesteuerung gekommen. Dies ist zum einen das Optionsmodell gem. § 1a KStG, das durch das KöMoG vom 25.6.2021 mit Wirkung ab 1.1.2022 neu eingeführt wurde und vereinfacht ausgedrückt die Besteuerung als Körperschaft erlaubt. Insoweit eröffnet das Optionsmodell neue Gestaltungsvarianten, aber auch viele Zweifelsfragen. Im derzeit in den parlamentarischen Beratungen befindlichen sog. Wachstumschancengesetz sind erste Verbesserungen für das Optionsmodell geplant. Zum zweiten ist das „Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts“ (MoPeG) vom 10.8.2021 zu nennen, das im Ausgangspunkt zwar ein rein gesellschaftsrechtlich ausgerichtetes Regelwerk ist und nach dem Willen des Gesetzgebers keine Änderungen bei der transparenten Mitunternehmerbesteuerung bewirken soll. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten.

Die Schrift, die von einem „Arbeitsteam“ der Anwalts- und Steuerberatungskanzlei YPOG bearbeitet wurde, nimmt eine kritische Bestandsaufnahme der Besteuerung von Personengesellschaften vor. Die geplanten Gesetzgebungsmaßnahmen 2023 werden mit dem Stand September/Oktober 2023 berücksichtigt. Eingehend wird das Optionsmodell gem. § 1a KStG mit ausgewählten nationalen und internationalen Aspekten sowie praktischen Gestaltungshinweisen beleuchtet. In einem weiteren Abschnitt wird das MoPeG als „gesellschaftsrechtliches Gesamtpaket“ in den Blick genommen und mit seinen Folgewirkungen im Ertragsteuerrecht, aber auch für Zwecke der Grunderwerbsteuer, der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Umwandlungssteuerrecht analysiert. Von hoher Praxisrelevanz ist zudem auch die Internationalisierung des Personengesellschaftsrechts, die zukünftig bei deutschem Satzungssitz eine Verwaltungssitzverlegung ins Ausland zulässt. In einem Schlussteil wird eine Perspektive zur Fortentwicklung der Personengesellschaftsbesteuerung in Deutschland skizziert.

Die ifst-Schrift 551 ist ab sofort erhältlich. Bestellinformationen: Besteuerung von Personengesellschaften im Umbruch – Optionsmodell gem. § 1a KStG und steuerliche Folgewirkungen des MoPeG, ifst-Schrift 551 (2023); ISBN: 978-3-89737-215-3; Einzelbezug über kundenservice@fachmedien.de. Tel.: 0800 0001637; Fax: 0800 0002959. Abonnenten von DER BETRIEB wird ein Rabatt von 20 % eingeräumt.